

Es ist ein warmer Juniabend, an dem sich rund 40 Interessierte in den fensterlosen, nicht klimatisierten Schankraum einer Bar quetschen, um mehr über die Letzte Generation zu erfahren – sich ihr am Ende vielleicht sogar anzuschließen. Eingeladen hat die örtliche „Widerstandsgruppe“ in Mainz. Das Publikum besteht zu einem Hälfte aus Studenten, zur anderen aus deutlich Älteren, mehrheitlich mit Protesterfahrung – einer rühmt sich, „damals in Brokdorf“ bei den Anti-AKW-Protesten ins Gefängnis gekommen zu sein. Elise ist 83, sie kommt bloß aus Interesse und etwas Sympathie. Sie ärgert sich, dass die Polizei zuletzt mit Razzien gegen die Gruppe vorgegangen ist. „Da hat der Staat überreagiert“, sagt sie. Auch wenn sie selbst sich nicht an die Straße kleben werde, vermutet sie, dass es den Protest wohl brauche.

Der Redner der Letzten Generation heißt Fabian, seinen Nachnamen nennt er nicht. Er ist Anfang 30 und nach eigenen Angaben ausgebildeter Jongleur, der zuletzt aber als Betreuer eines Schwerkranken gearbeitet hat. Die Arbeit sei sehr wichtig gewesen, gekündigt habe er vor einigen Monaten, weil er angesichts der „suizidalen“ Entwicklung der Klimakrise keine andere Möglichkeit gesehen habe, als aktiv zu werden. Er sei nach München gegangen für den Protest, mit der Absicht, sich einsperren zu lassen. „Dort bekommen wir die größtmögliche Aufmerksamkeit.“ Fabian sieht die Letzte Generation in der Tradition des zivilen Widerstands, etwa der amerikanischen Proteste der Sechzigerjahre gegen die Segregation von Schwarzen und Weißen.

Die heutige Situation sei „weitaus komplexer“, die Lage jedoch noch drängender, sagt er. Gleichwohl sei es der Erfolg der Gruppe, dass heute „alle“ über die Einführung eines Tempolimits redeten und es das 9-Euro-Ticket gegeben habe. Der Mann, der in Brokdorf demonstrierte, sagt: „Das ist totaler Schwachsinn. Ihr tragt zur Verharmlosung der Klimakrise bei, wenn ihr eure Aktionen mit solchen Forderungen verbindet.“ Er will diskutieren, Fabian lieber nicht. Fragen bitte später. Zu einer echten Diskussion wird es allerdings auch dann nicht kommen.

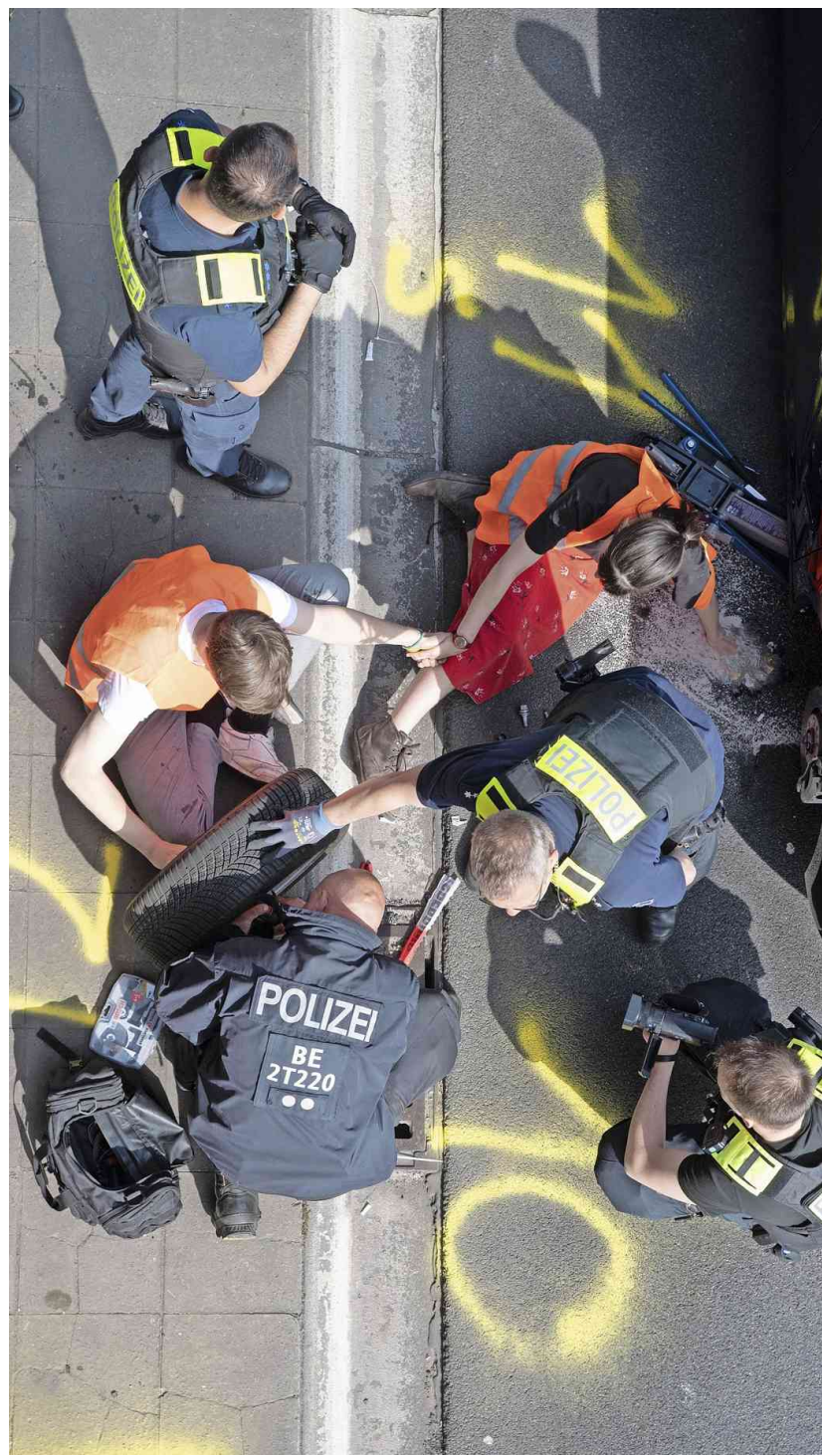
Eigentlich ist es ein Rekrutierungsabend für jene, die die Ziele schon teilen. Veranstaltungen wie diese finden besonders in Groß- und Universitätsstädten seit einigen Monaten statt. Es sind erste Anlaufmöglichkeiten bei einer Gruppe, die, anders als Fridays for Future, nicht auf offene Bewegung setzt, sondern nur wenige Hundert Mitglieder hat, die sich vertraulich zu illegalen Aktionen verabreden.

Wie diese Aktionen zu bewerten sind, darüber wird gestritten. Seit die Generalstaatsanwaltschaft München bundesweite Razzien bei den Aktivisten durchführen ließ, noch einmal erbitterter. Juristen und auch Nichtjuristen diskutieren etwa, ob es sich bei der Letzten Generation um eine kriminelle Vereinigung handelt. Die Münchner Staatsanwälte schienen sich ihrer Sache vor zwei Wochen so sicher zu sein, dass sie die beschlagnahmte Homepage der Gruppe zwischenzeitlich schon mit dem Hinweis versahen: „Die Letzte Generation stellt eine kriminelle Vereinigung gemäß § 129 StGB dar!“ Doch ganz so einfach ist es nicht. Mal abgesehen von der rechtswidrigen Vorverurteilung, die sich die Strafverfolger damit leisteten.

Laut Paragraph 129 wird bestraft, „wer eine Vereinigung gründet oder sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt, deren Zweck oder Tätigkeit auf die Begehung von Straftaten gerichtet ist“. Diese Taten müssen im Höchstmaß mindestens mit zwei Jahren Freiheitsstrafe bedroht sein. Für Nötigungen, deretwegen schon einige Aktivisten verurteilt wurden, gilt das – auf den Tatbestand steht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren. Trotzdem streiten sich die Strafrechtler.

Der ehemalige BGH-Richter Thomas Fischer kam auf „Legal Tribune Online“ zu dem Ergebnis, dass die Letzte Generation zwar nicht in Gänze als kriminelle Vereinigung gelten könne. Anderes gelte aber für die Gruppierungen, die bereit seien, Straftaten zu begehen. Zwar verfolge die Letzte Generation mit dem Klimaschutz einen anderen Zweck. Die „Tätigkeit“ bestimmter Gruppierungen sei aber durchaus „auf die Begehung von Straftaten“ gerichtet, so Fischer.

Seiner Ansicht nach greift auch keiner der Ausschlussgründe, die Paragraph 129 normiert. Da heißt es zum Beispiel, dass eine Strafbarkeit ausscheidet, „wenn die Begehung von Straftaten nur ein Zweck oder eine Tätigkeit von untergeordneter Bedeutung ist“. Laut Fischer kann man das von den besagten Gruppierungen nicht behaupten. Hier präge die Begehung „möglichst spektakulärer Straftaten“ das Erscheinungsbild. Insgesamt warnt der ehemalige Richter und Autor eines Stan-



Feste Verbindung: In Berlin klebt ein Aktivist an einem Autorad.

Foto dpa

## Wer klebt mit?

Die Razzien haben das Interesse an der Letzten Generation gesteigert. In einer Bar versuchen die Aktivisten, neue Unterstützer für ihre Aktionen zu gewinnen.

Von Marlene Grunert und Timo Steppat, Mainz

dardkommentars zum Strafgesetzbuch vor einer „Überbetonung moralisierender Bewertungen“. Moral und Strafrecht hängen miteinander zusammen, seien aber aus guten Gründen nicht identisch.

Er plädiert nicht nur mit Blick auf die kriminelle Vereinigung für eine Trennung dieser Fragen. Sie sei auch nötig, wenn es darum gehe, ob Nötigungen durch die Letzte Generation rechtswidrig sind. Dazu ist eine Diskussion im Gange,

weil das Strafgesetzbuch hier eine besondere Prüfung vorsieht. Nur wenn eine Nötigung „verwerflich“ ist, ist sie auch rechtswidrig. Der Bundesgerichtshof spricht von einer „sozial unerträglichen“ Verhaltensweise.

Aus Sicht von Fabian, dem Aktivisten der Letzten Generation, der in Mainz spricht, sind die Straßenblockaden praktisch alternativlos. Was man abseits dessen gemacht habe, sei „irgendwie

gewitzt, irgendwie bunt, irgendwie schön“ gewesen; doch anders als mit den Straßenblockaden hätte man damit nur eine geringe Wahrnehmung erzielt. Die Medien hätten sich auch nicht für das Abrehen von Pipelines interessiert, die zuletzt Staatsanwaltschaften auf den Plan gerufen hatten. Die mangelnde Berichterstattung führt der Redner indirekt darauf zurück, dass Medien den Interessen von Unternehmen folgten, die keine Berichterstattung wünschten. Er kündigt mehr Blockaden an. Gezielt wolle man in wenigen Wochen „mit Hunderten“ nach München gehen, da dort die Reaktion am härtesten und damit die Aufmerksamkeit am größten sei. Diese Strategie bestätigen auch andere innerhalb der Letzten Generation.

„Protest muss stören, um Aufmerksamkeit zu erlangen“, sagt Aktivist Fabian in seinem Vortrag. „Ein Großteil der Gesellschaft ist halt einfach passiv.“ Die Luft wird immer schwerer, weil die Klimaanlage wegen der hohen Lautstärke ausgeschaltet wurde. „Und wenn jetzt Menschen ausbrechen und anfangen zu handeln, wenn diese Menschen Erfolg haben, sich ihre Selbstwirksamkeit zurückholen, dann kann das ansteckend sein. Das Problem der kollektiven Nicht-handlung, das wir derzeit haben, aufzulösen, dafür braucht es die Störung.“

Pause. Viele verlassen die schummrige Bar, hinaus in die kühle Abendluft. Zwei Studenten, offenbar von der Aufbruchstimmung angesteckt, wollen gleich noch erfahren, wie sie mithelfen können. Eine von ihnen ist sich nicht sicher, ob sie sich traut, an einer Straßenblockade teilzunehmen. Sie kenne schließlich die Videos von Autofahrern, die „total austrasten“. Aber es geht „im Moment um alles“, sagt sie, um ihre Bedenken selbst abzuräumen. Beide drehen sich Zigaretten, reden über die Ignoranz vieler Menschen im Hinblick auf die Klimakrise. In der Bar sind zwei ältere Männer sitzen geblieben. Als eine junge Aktivistin sie fragt, ob sie sich in eine Liste eintragen wollten, um am „Netzwerk teilhaben“ zu können, wehren sie ab. „Keine Namen, keine Daten“, sagt einer verschwörerisch. Engagieren, ja, aber man wolle schließlich nicht die Polizei morgen vor der Tür stehen haben.

Ist die Letzte Generation „mafiaähnlich“ organisiert? Der Frankfurter Strafrechtler Matthias Jahn verneint das. Insofern könne auch keine Rede von einer kriminellen Vereinigung sein, meint er. Im ZDF wies Jahn kürzlich darauf hin, dass Paragraph 129 Strafgesetzbuch bei Organisationen wie den Hells Angels Anwendung finde. Entscheidend sei auch, ob die Straftaten einer Gruppierung die „öffentliche Sicherheit“ beeinträchtigen. Für die „klassische Performance“ der Klimaaktivisten gelte das nicht. Da gehe es eher um „Unbequemlichkeiten“, die im Einzelfall durchaus empörend sein könnten.

Anderes gilt aus Jahn's Sicht für Anschläge auf Pipelines oder andere Anlagen der kritischen Infrastruktur. Dazu sei bislang aber allenfalls in Umrissen etwas bekannt. Der Rechtsprofessor, der auch als Richter am Oberlandesgericht Frankfurt arbeitet, meint, ohne eine gewisse Schwere der Taten könne von einer kriminellen Vereinigung keine Rede sein. Dem halten Fischer und andere entgegen: Seit Paragraph 129 nur Straftaten erfasse, die im Höchstmaß mit einer Mindeststrafe von zwei Jahren bedroht seien, komme es darauf nicht mehr an.

Aus Jahn's Sicht ist jedenfalls der Ausschlussgrund in Paragraph 129 einschlägig. Die strafbaren Aktionen seien für die Letzte Generation schließlich kein Selbstzweck. So sieht es auch der Augsburger Strafrechtler Michael Kubiciel. Er trat zuletzt als Bevollmächtigter der Union vor dem Bundesverfassungsgericht auf. Auch er hält von einer Einordnung der Letzten Generation als kriminelle Vereinigung nichts. In einem Beitrag für den Verfassungsblog meint Kubiciel, es bleibe abzuwarten, ob auch höchste Gerichte die Verkehrsblockaden überhaupt als strafbar einstufen. Jedenfalls greife der Ausschluss in Paragraph 129. Relevant sei hierbei auch, dass die Aktivisten bei ihren Aktionen von der Versammlungsfreiheit Gebrauch machten.

Moralisch sieht man sich beim Anwerbeabend in Mainz sowieso auf der richtigen Seite. Legalität spielt nur insofern eine Rolle, als jede Überschreitung für Aufmerksamkeit sorgt. Die 83 Jahre alte Elise verlässt die Veranstaltung etwas enttäuscht. Sie fragt sich, ob dadurch wirklich was fürs Klima bewegt werde. „Die Kleberei kann ja kein Selbstzweck sein.“

## Streit über CO<sub>2</sub>-Abscheidung vor Weltklimakonferenz

Die Gastgeber aus Dubai werben für Alternativen zu Erneuerbaren – Berlin geht einen anderen Weg

itz. BERLIN. Vor der Weltklimakonferenz Ende des Jahres in Dubai zeichnet sich ein Konflikt zwischen unterschiedlichen Ansätzen im Kampf gegen die Erderwärmung ab. Die neue Präsidentschaft der UN-Konferenz aus den Vereinigten Arabischen Emiraten propagiert neben dem Ausbau erneuerbarer Energien auch andere Möglichkeiten, darunter den Einsatz von Kernkraft und die Anwendung von Techniken zur Treibhausgasabscheidung, -speicherung oder -nutzung (CCS und CCU). Diese unterschiedlichen Vorgehensweisen spielen auch auf der zehntägigen Bonner Klimakonferenz eine Rolle, die am Montag begonnen hat und die der Vorbereitung des COP 28 genannten Treffens der Vereinten Nationen Anfang Dezember in Dubai dient.

Viele Schwellen- und Entwicklungsländer, aber auch Industriestaaten stehen dem von den Scheichs vorgeschlagenen Weg offen gegenüber. So planen China, Indien, die Vereinigten Staaten, Japan, Großbritannien, Frankreich und die Tschechische Republik neue Atomreaktoren. CCS und CCU sind bereits in Ländern wie den USA, Kanada, Indien oder Norwegen etabliert. Damit lassen sich schwer zu dekarbonisierenden Industrien wie die Zementherstellung umstellen, auch die Produktion „blauen“ und „türkisen“ Wasserstoffs aus Erdgas wird möglich. Darüber hinaus hoffen Nationen mit fossilen Rohstoffen, die Förderung von Öl und Gas im Einklang mit den Minderungszielen fortsetzen zu können. Das gilt nicht nur für die reichen Golfstaaten, sondern auch für ärmere Anbieter, etwa den Senegal.

Deutschland geht einen anderen Weg: Es hat seine letzten Kernreaktoren im Frühjahr abgeschaltet, es verbietet bisher CCS, es möchte international den Ausstieg aus fossilen Energien durchsetzen und zugleich verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Träger in aller Welt etablieren. Darauf verwies die Staatssekretärin im Auswärtigen Amt und Sonderbeauftragte der Bundesregierung für internationale Klimapolitik, die ehemalige Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan, am Montag zum Auftakt der Bonner Zusammenkunft.

„In den kommenden zwei Wochen werden wir gemeinsam mit der EU daran arbeiten, eine breite Koalition für eine ambitionierte globale Klimapolitik aufzubauen, damit wir in Dubai

wegweisende Entscheidungen treffen können, durch welche wir einen großen Sprung in Richtung einer klimafreundlichen, nachhaltigen und damit besseren Welt machen“, kündigte Morgan an. Es bedürfe eines klaren Fahrplans, der „einen Weg zum Ausstieg aus den fossilen Energien aufzeigt und den Ausbau der Erneuerbaren dramatisch beschleunigt“, so die Politikerin. „Dafür setzen wir uns für ein globales Erneuerbare-Energien-Ziel ein.“

Der jüngste Bericht des Weltklimarats IPCC aus dem März zeigt für Morgen, dass die Staatengemeinschaft nicht genug gegen die Erderhitzung tut, sondern in Richtung eines Abbruchs „schlafwandelt“. Sie müsse endlich aufwachen und die Erhitzung auf 1,5 Grad begrenzen. Diese Marke hatte die Pariser Klimakonferenz vor sieben Jahren etabliert, nun habe man nur weitere sieben Jahre Zeit, um die Emissionen zu halbieren und die schlimmsten Klimaaustritte zu verhindern.

Das Treffen in Bonn ist die erste Verhandlungsrunde nach dem IPCC-Bericht und bereitet für Dubai den ersten „Global Stocktake“ seit dem Pariser Abkommen vor. Damit ist eine weltweite Bestandsaufnahme der bisher erreichten CO<sub>2</sub>-Minderung gemeint. Das Erreichen der sogenannten nationalen Klimaschutzbeiträge (NDC) der einzelnen Länder ist zwar nicht völkerrechtlich bindend. Aber zum einen müssen diese NDC regelmäßig verschärft werden, zum anderen unterliegen die Fortschritte der internationalen Transparenz und der Überprüfung. Die Ergebnisse des „Stocktake“ alle fünf Jahre sollen die Vertragsstaaten bei der künftigen NDC-Festlegung berücksichtigen, weshalb nach der Konferenz von Dubai eine deutliche „Ambitionssteigerung“ erwartet wird.

Die Umweltorganisationen BUND und WWF warnten in Bonn vor „Scheinlösungen“ beim Klimaschutz, die sich unter anderem in der CCS-Technik sehen. Diese habe schon beim jüngsten Petersberger Klimadialog in Berlin zu viel Raum eingenommen. Vielmehr müssten sich alle Staaten möglichst bald zum Ausstieg aus fossilen Energien bekennen. Deutschland dürfe seine Klimaschutzgesetze nicht verwässern, etwa durch „Schlupflöcher“ beim geplanten Gebäudeenergiegesetz.

## Kritik an Polizeitaktik in Leipzig

Linke beantragt Sondersitzung im Landtag

lock. DRESDEN. Nach den Ausschreitungen vom Wochenende in Leipzig hat die polizeiliche und politische Aufarbeitung der Ereignisse begonnen. Die Fraktion der Linken im Sächsischen Landtag beantragte am Montag eine Sondersitzung des Innenausschusses. Es stehe der Eindruck im Raum, „dass von vornherein nicht beabsichtigt war, die ordentlich angemeldete Demonstration, die sich am Samstagmittag in der Leipziger Südvorstadt gegen Versammlungsverbote wandte, loslaufen zu lassen“, kritisierte die innenpolitische Sprecherin der Linken, Kerstin Köditz. Die Polizei hatte den Stopp der Demonstration unter anderem damit begründet, dass zu viele Teilnehmer gegen das Versammlungsverbot verstoßen hätten.

In der Folge war die Lage eskaliert, wurde die Polizei mit Flaschen und Steinen beworfen. Die Einsatzkräfte hätten daraufhin einen sogenannten Kessel gebildet und die darin befindlichen Personen nach und nach kontrolliert. Mehrere Hundert Personen, darunter auch Minderjährige, saßen auf diese Weise zum Teil zwölf Stunden lang fest. „Die Herstellung menschenunwürdiger Bedingungen ist weder verhältnismäßig noch ein Beitrag zur Deeskalation“, sagte Köditz.

Auch Vertreter von SPD und Grünen kritisierten das Verhalten der Einsatzkräfte in diesem Fall, aber auch einen Teil der Demonstration. „Es ist offenkundig, dass eine nicht unerhebliche Zahl an Menschen am Samstag gezielt Gewalt gesucht und ausgeübt hat“, sagte der innenpolitische Sprecher der Grünen, Valentin Lippmann. „Derartige Gewaltexzesse

sind durch nichts zu rechtfertigen und dürfen und werden in einem Rechtsstaat nicht folgenlos bleiben.“ Immerhin seien die zuvor an die Wand gemalten Schreckensszenarien für den „Tag X“ nach der Urteilsverkündung gegen die Linksextremistin Lina E. ausgeblieben.

Eine Demonstration gegen die Verurteilung hatte die Stadt am Freitag verboten. Zuvor hatten Linksautonome in ganz Deutschland zur Fahrt nach Leipzig aufgerufen. „Die Lageeinschätzung war einfach die, dass es Androhungen gab, mehrere Millionen Euro Sachschaden zu verursachen“, sagte der Leipziger Polizeipräsident, René Demmler, der „Leipziger Volkszeitung“ vom Montag. „Das lässt sich einfach nicht mit klassischen Mitteln der Deeskalation verhindern.“ Auch der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verteidigte den Einsatz. Die Polizei nahm eigenen Angaben zufolge rund 30 Menschen fest sowie rund doppelt so viele verurteilend in Gewahrsam. Zehn Männer im Alter von 20 bis 36 Jahren kamen in Untersuchungshaft, zudem seien zahlreiche Ermittlungsverfahren, darunter wegen Landfriedensbruchs, eingeleitet worden.

Demmler entgegnete Kritikern des „Kessels“, dass die Personalien der festgehaltenen Personen festgestellt werden mussten. Personen, die bereits zuvor auffällig gewesen waren, hätten herausgefunden werden müssen. Minderjährige seien dabei jedoch prioritär berücksichtigt worden. Die Alternative wäre gewesen, die Demo laufen zu lassen und dann bei Ausschreitungen noch massiver einschreiten zu müssen.



Auch eine Form der Blockade: Solidaritätskundgebung in Berlin

Foto EPA

### STIMMEN DER ANDEREN

#### Die Mittel des Protests sind nicht beliebt

Die „Lausitzer Rundschau“ aus Cottbus kommentiert die linksextremen Ausschreitungen in Leipzig: „Es ist unerträglich, dass in Deutschland Nazis durch die Straßen marschieren, Menschen ermorden, rassistisch hetzen, nach und nach in die Mitte der Gesellschaft einsickern. Wer dagegen etwas unternimmt, verdient Respekt. Aber die Mittel sind nicht beliebt. Überfälle, mit dem Ziel, den Faschismus aus der Gesellschaft herauszuprägen, werden völlig zu Recht bestraft. Dabei ist es erlaubt, sogar gegen ordentliche Gerichtsurteile zu demonstrieren. Friedlich. Was haben jedoch brennende Barrikaden mit Antifaschismus zu tun? Erstens greifen die vermeintlichen Antifaschisten eben jenen demokratischen Rechtsstaat an,

den es doch gegenüber Nazis zu verteidigen gilt. Und zweitens wird kein einziger Nazi durch diese Gewalt bekehrt.“

#### Wenig Hoffnung auf Wandel in der linken Szene

Zum gleichen Thema meint die „Leipziger Volkszeitung“:

„Die linke Szene in Connewitz hat zwar in den vergangenen Jahren eine Wandlung durchgemacht. Ein Teil distanziert sich aber nach wie vor nicht von Gewalttaten. Die verurteilte Linksextremistin Lina E. erscheint ihnen als Märtyrerin. Die Hoffnung ist, dass Aufrufe wie zum „Tag X“ in Zukunft regelrecht verpuffen, keine große Wirkung mehr erzielen, Leipzig und Connewitz nicht mehr zum Schaulaufen für die

Unverbesserlichen werden. Dann muss sich niemand mehr über das Vorgehen der Polizisten und das Gebaren der Linken aufregen. Dieses Wochenende hat diese Hoffnung ein wenig genährt.“

#### Freie Hand für die türkische Zentralbank?

Zur Ernennung von Mehmet Simsek zum türkischen Finanzminister schreibt „De Tijd“ aus Belgien: „Ob die wirtschaftliche Realität – und die Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern – Recep Tayyip Erdogan nun doch eingeholt hat? Eine interessante Frage ist, ob die Türkei mit der Ernennung des neuen Finanzministers zu einer orthodoxen Wirtschaftspolitik zurückkehrt, und sei es nur, weil der Wahlsieg den politischen Raum dafür schafft. Die Antwort ist

jedoch noch unklar. Ein orthodoxer Banker in der Regierung bringt noch keinen wirtschaftlichen Frühling. Viel wichtiger wird sein, ob der türkischen Zentralbank freie Hand gelassen wird, um die Wirtschaft wieder auf Vordermann zu bringen, auch wenn die Medizin in den ersten Jahren schlecht schmecken wird. Sollte der wirtschaftliche Umschwung gelingen, stellt sich eine größere und noch schwierigere Frage: Wird es möglich sein, dem türkischen Präsidenten auch in anderen Bereichen seine Grenzen aufzuzeigen und ihn zu einer Wende zu bewegen?“

#### PIS-Regierung in Schwierigkeiten

Die polnische Zeitung „Rzeczpospolita“ kommentiert die Großdemonstrationen der polnischen Opposition:

„Der Marsch vom 4. Juni wird dem Regierungslager große Schwierigkeiten bereiten. Auch deshalb, weil es enorme Energie darauf verwendet hat, ihn zu diskreditieren. Die (nationalkonservative Regierungspartei) PiS bezeichnete die Kundgebung vorab als Marsch des Hasses und verbreitete einen Videoclip, in dem sie die Menschen mit Bildern aus Auschwitz erschreckte. Polens öffentlich-rechtlicher Fernsehsender TVP berichtete gar nicht von der Demonstration, sondern zeigte einige komische Bilder von Ministern bei einer Hausfrauenversammlung und auf einem Kochfest. Für die Opposition ist der Erfolg der Demonstration eine sehr wichtige Quelle der politischen Mobilisierung, des Glaubens an die Möglichkeit eines Sieges.“